

Für Sachsen

Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Görlitz

DIE LINKE.



Unser Land braucht endlich neue Impulse

Zugegeben: Sachsen hat seit der Wiedervereinigung eine beachtliche finanzielle und ökonomische Entwicklung vollzogen. Das ist die Leistung aller hier lebenden Menschen. Dennoch entwickelt sich Sachsen nicht ohne Widersprüche: Seit über zehn Jahren stagniert der Annäherungsprozess an das Lebensniveau der alten Länder. Im Freistaat selbst sind die Einkommensunterschiede gewachsen. Sachsen hat unter den neuen Bundesländern den niedrigsten Anteil von Sozialausgaben, wälzt die Finanzierung der sozialen Daseinsfürsorge auf die Kommunen ab. In keinem Bundesland ist die Zahl der Hartz-IV-Aufstocker höher, die Dauer der Erwerbslosigkeit länger. In kaum einem anderen Land sind die Investitionen in Schule und Hochschule so niedrig wie hier. Gravierende Probleme im Land bleiben

ungelöst, die Staatsregierung verspielt so Sachsens Zukunft. Wir sind der Meinung: Es ist Zeit für eine Wende. Wir wollen, dass einmal mehr die Fenster geöffnet werden, um frischen Wind hereinzulassen. Ein neuer demokratisch-kultureller Aufbruch ist notwendig. DIE LINKE ist dabei die Partei der sozialen Frage: Soziale Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt bilden die Leit motive unserer Politik.

Doch wir sind auch eine Partei der Freiheit. Alle Menschen sollen in ihrem Leben die gleichen Chancen haben. Wir sind überzeugt, dass wir nur gemeinsam mit den Menschen in Sachsen Verantwortung tragen können. Wir wollen nicht Vormund sein. Aber wir wollen, dass alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Uns geht es dabei nicht um uns selbst. Wir sind nicht scharf da-

rauf, Regierungsposten zu ergattern. Dass wir auch starke Opposition sein können, haben wir bewiesen. Doch wir wissen auch: Wir können besser regieren als die jetzige Regierung. Dafür benötigen wir auch Partner. Unser Angebot für einen Politikwechsel richtet sich deshalb sowohl an die Menschen im Freistaat als auch an die politischen Mitbewerber. Gemeinsam können wir den Aufbruch für Sachsen schaffen.

Allerdings: Andere Parteien fordern zwar den Politikwechsel im Freistaat, würden sich jedoch auch als Juniorpartner der Union anbieten. Wir dagegen können eine Koalition mit der CDU ausschließen. Deshalb ist nur eine Stimme für DIE LINKE eine Stimme, die im Zweifelsfall nicht der Lebensverlängerung der Union in der Regierung hilft. Darum möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am

31. August zur Wahl. Und wählen Sie mit beiden Stimmen DIE LINKE. Für ein besseres Leben in Sachsen.

Rico Gebhardt



Rico Gebhardt (51) ist Spitzenkandidat der sächsischen LINKEN zur Landtagswahl 2014. Der gelernte Koch engagierte sich zunächst in der Kommunalpolitik in seiner Heimatstadt Aue und im Kreistag, bevor er 2004 in den Sächsischen Landtag gewählt wurde. Seit 2009 ist er Vorsitzender der sächsischen LINKEN, seit 2012 Fraktionsvorsitzender im Landtag.

PREISRÄTSEL

Zu gewinnen sind: eine Übernachtung und ein Abendessen für zwei in Aue, ein Abonnement der Zeitung *neues deutschland* und weitere Preise ...
Seite 8

Besser leben in Sachsen

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir den Freistaat verbessern wollen. Unsere Ziele für Sachsen finden Sie auf **Seite 2**



Machbar und finanzierbar

Glauben Sie niemandem, der behauptet, unsere Forderungen seien nicht bezahlbar. Warum, erfahren Sie auf **Seite 2**

Spare jederzeit?

Warum der Freistaat Chancen seiner guten Haushaltslage verpasst, erfahren Sie auf **Seite 3**

Bald beginnt das neue Schuljahr

Wie sich die Bildungspolitik im Freistaat konkret auf unsere Schulen auswirkt, erfahren Sie im Interview auf **Seite 3**



Vier für den Landkreis

Unsere Direktkandidierenden für die Landtagswahlen stellen sich vor auf den **Seiten 4-5**

Kurz und knapp

Ganz konkret können wir gemeinsam mehr erreichen. Beispiele dafür stellen wir Ihnen genauer vor auf den **Seiten 6-7**



Ganz einfach Briefwahl!

Gerade, wenn der Wahltermin am 31. August auf dem letzten Ferientag liegt, ist es nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie an dem Tag keine Zeit haben, wählen zu gehen. Aber nicht nur dann ist Briefwahl eine gute Idee. Wissen Sie vielleicht

schon, wen Sie wählen wollen? Dann beantragen Sie Briefwahlunterlagen. Der Stimmzettel kommt ganz bequem per Post zu Ihnen nach Hause. Sie füllen ihn aus und schicken ihn an das Wahlamt zurück. Ihnen entstehen keine Kosten.

Briefwahlunterlagen erhalten Sie ganz einfach: Füllen Sie die Rückseite der Wahlbenachrichtigung aus und schicken Sie sie

zurück. Es muss kein Grund angegeben werden. In einigen Städten und Gemeinden können Sie Briefwahlunterlagen auch online bestellen. Sie können Ihre Stimmzettel aber auch direkt bei der Briefwahlstelle während der Öffnungszeiten beantragen und noch vor Ort wählen.

Stimmzettel erhalten Sie etwa vier Wochen vor der Wahl. Wich-

tig ist, dass diese am 31. August spätestens um 18 Uhr im Wahlamt sind.

Füllen Sie sie nach Erhalt einfach sofort aus und schicken Sie sie zurück. Übrigens: Wer nachgewiesen plötzlich erkrankt, kann den Stimmzettel sogar noch bis zum Wahltag, 15 Uhr, im Wahlamt beantragen. Rufen Sie dann schnellstmöglich in Ihrem Wahlamt an.

Versprochen: machbar und finanzierbar

Ja, wir wollen Geld ausgeben für Bildung, für Schulen und Hochschulen. Für soziale Belange, Kultur, Verkehr. Wir wollen Wirtschaft nachhaltig fördern und uns für die Umwelt starkmachen. Das alles kostet. Aber es sind Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Die CDU wird nicht müde zu behaupten, wir könnten nicht mit Geld umgehen, mit uns drohten neue Schuldenberge. Aber: Glauben Sie niemandem, der oder die behauptet, unsere Vorstellungen wären nicht finanzierbar. Seit 2001 stellt unsere Fraktion im Landtag alternative Landeshaushalte auf. Ohne einen Cent mehr auszugeben, als der Haushaltsansatz der Staatsregierung vorgibt, zeigen wir, dass wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld eine andere Politik im Sinne sozialer Gerechtigkeit, der Kommunen, von Bildung und Kultur finanzieren können. Mehr als eine Milliarde Euro wurde von uns dafür im letzten Doppelhaushalt umgeschichtet.

Erblasten trägt allein die CDU: Durch verantwortungslose Spekulation hat sie dem Freistaat milliardenschwere Belastungen aufgebürdet. Allein die Rettung der Landesbank kostet uns alle bis zu 2,7 Milliarden Euro. Genauso viel Geld erhält der Freistaat übrigens in der nächsten Förderperiode der Europäischen Union aus ESF- und EFRE-Töpfen. Das heißt also, die CDU hat Geld im Gegenwert von Investitionsmitteln der Europäischen Union für Sachsen für die Dauer von sieben Jahren verbrannt. Angesichts des Investitionsstaus im Freistaat hätte man also jeden Förder-Euro ganz einfach verdoppeln können. Das Geld ist jedoch unwiederbringlich verloren. Wer kann also in Sachsen mit Geld nicht umgehen?

Klar: Sparen klingt erst einmal gut. Derzeit bildet der Freistaat Rücklagen, sitzt auf prall gefüllten Geldsäcken – auch wenn anderes behauptet wird. Gleichzeitig verschärft sich die kommunale Armut, fehlen Lehrer, Polizisten, verfällt die Infrastruktur. Das ist verantwortungslos. Angesichts von Niedrigzinsen verbrennt der Freistaat Geld: Jeder ungenutzte Euro ist nächstes Jahr weniger wert. Rund eine Milliarde Euro wären sofort verfügbar. Wir finden: Dies in das Land und seine Menschen zu investieren, ist nachhaltiger. Wir sagen: Wer Geld anders einsetzen will, handelt nicht unverantwortlich. Im Gegenteil: Er fördert die notwendige Entwicklung des Freistaates. Wir werden deshalb neue Akzente setzen. Und das ganz ohne neue Schulden, aber mit Ideen, die der CDU schon längst ausgegangen sind.



Gemeinsam mit den Menschen im Freistaat wollen wir eine Politik entwickeln, die Sachsen gerecht wird, weil sie uns allen ein Leben in Menschenwürde garantiert. Und das ist nicht einfach ein so dahingehender Ausspruch. Viel zu oft agiert Politik fernab von den Betroffenen und an ihnen vorbei. Viel zu oft meinen Parteien, dass sie den Menschen sagen müssen, wie sie leben wollen. Politik muss umdenken, wie sie Politik gestalten will, integrativ, sinnvoll und nachhaltig. Dafür haben wir Ideen ebenso wie inhaltliche Arbeitsschwerpunkte. Wir wollen ein Sachsen, in dem Umwelt, Energie und Lebensqualität nicht in Widerspruch geraten. Wir wollen den demokratischen Rechtsstaat stärken, die Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger, ihre Rechte, ihre Sicherheit weiterentwickeln und schützen. Wir wollen eine Politik für alle hier lebenden Menschen.

Unser Ziel bleibt dabei die soziale Gerechtigkeit. Sie ist dann erreicht, wenn jede und jeder ihre bzw. seine Fähigkeiten entfalten kann, sich damit in die Gesellschaft einbringen kann und bei der Verteilung aller Güter angemessen berücksichtigt wird. Wer Hilfe braucht, soll sich der Solidarität sicher sein. Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel die flächendeckende Gesundheitsversorgung, ein stabiles Rettungswesen und zugehörige Verwaltungsstrukturen, die den Menschen helfen, statt sie zu bevormunden, gehört deshalb in öffentliche Hand.



Soziales und Wirtschaft sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wir wollen deshalb die weitere wirtschaftliche Ent-

Gemeinsam für ein besseres Leben in Sachsen

Programmatische Eckpunkte zur Landtagswahl 2014

wicklung Sachsens stärken. Die Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit den in Sachsen ansässigen Unternehmen ist dabei Schlüssel für eine zukunftsfähige Industrie. Zugleich wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, weil gerade bei ihnen die Wertschöpfungsketten fast komplett in Sachsen bleiben. Um Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu erhalten, soll sich der Freistaat an der Kapitalausstattung von Firmenneugründungen und Firmen mit zeitweiligen wirtschaftlichen Problemen beteiligen können. In der Regel können gerade hier gegründete und ansässige Unternehmen nur wenig für Zahlungsverzug, der schwer zu überbrücken ist und oft das Aus bedeutet. Wir halten dabei wenig von der Förderung sogenannter Leuchttürme, die sich bei auslaufenden Subventionen auch schnell wieder aus Sachsen verabschieden.



Sachsen braucht ein Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit. Der Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten soll die Vernetzung kleiner und mittlerer Unternehmen stärken.

Dabei gilt immer: Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen sind nicht akzeptabel. Es ist verantwortungslos, wenn die CDU diese als Standortvorteil in Sachsen verkauft. Wir setzen weiterhin auf tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch auf einen angemessenen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ohne die Schlupflöcher, welche die große Koalition bereits jetzt plant. Für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll dies ebenso verbindliche Bedingung werden wie die Einhaltung von Umweltstandards.



Bildung ist für uns keine Ware, sondern ein Grundrecht. Sie darf nicht von finanziellen Zwängen abhängen und muss allen gleichermaßen zugänglich sein. Wir benötigen mehr Personal in Kitas, Schulen und Universitäten. Längeres gemeinsames Lernen ist dabei ein Gebot der Stunde. Wir wollen gemeinsames Lernen bis Klasse 8, eine Klassenstärke von maximal 20 Schülerinnen und Schülern, egal in welcher Klassenstufe, sowie den Ausbau der individuellen Förderangebote in der Regelschule. Diese Vorstellungen sind in Ganztagschulen am besten zu verwirklichen. Wir werden für eine demokratisch und transparent erarbeitete Schulnetzplanung sorgen. Zur Bildung gehört Sport, weshalb wir den Vereinssport fördern, Sportstätten für den Schul- und Vereinssport erhalten und ausbauen werden.

Weil es normal ist, verschieden zu sein, wollen wir die Inklusion. Das heißt, die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Beeinträchtigung zum Normalfall zu machen. Dabei werden die Unterschiede nicht verwischt oder gar ignoriert. Wir bekennen uns vielmehr gerade hier zum Ausbau individueller Fördermaßnahmen, wollen aber zugleich das solidarische Zusammenleben entwickeln.



Wir bekennen uns zum dualen System als Regelfall in der Berufsausbildung. Es muss aber ergänzt werden durch die Förderung der beruflichen Erstausbildung auch über das 25. Lebensjahr hinaus. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss brauchen wir wirkungsvolle nachholende Ausbildungsinitiativen. Denn niemand darf verlorengehen.

Die Universitäten und Hochschulen stehen in besonderer Verantwortung des Landes. Sie dürfen als Stätten der wichtigsten Innovationen nicht kleinteiliger Sparsen ausgesetzt werden. Wissenschaft und Lehre sollen frei sein. Frei von Profitorientierung, geschützt vor dem Missbrauch durch militärische Forschung. Das ist ein hohes Gut. Wir werden deshalb die demokratische Selbstverwaltung der Universitäten und Hochschulen ausbauen. Und wir werden uns für eine stärkere finanzielle Unterstützung von Lehre und Forschung sowie attraktive Arbeits- und Studienbedingungen einsetzen.

Wir setzen uns ein für eine vielfältige Kulturlandschaft, die allen Menschen zugänglich ist, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir treten für eine Erhöhung des Anteils der Kultur Ausgaben am Landeshaushalt ein. Steigende Personal- und Sachkosten dürfen nicht zu Lasten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abgewälzt werden.



Sachsen hat die Wahl: Und auf uns können Sie sich verlassen.

Vertiefende Informationen zu unseren programmatischen Vorstellungen finden Sie auf unserer Website www.dielinke-sachsen.de/wahlprogramm.

Wenn Sie Fragen haben, schicken Sie uns eine Mail an kontakt@dielinke-sachsen.de.

Spare jederzeit, dann hast du immer Not



Würde man der CDU in Sachsen glauben, dann lebten wir in einem gelobten Land. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahlen sind die niedrigsten seit Jahren, der Finanzminister sitzt auf einem Geldberg. Doch die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Görlitz haben ein anderes Bild. Sie fragen sich, wofür der Finanzminister spart,

wenn es an allen Ecken und Enden klemmt. Sachsen hat einen guten Bildungsplan für die Kitas. Dieser beschert den Erzieherinnen und Erziehern viel Arbeit für Dokumentation und Vor- und Nachbereitung. Leider hat man »vergessen«, ihnen dafür die nötigen Mittel zu geben: mehr Personal. Der Personalschlüssel liegt bei 1:13 und be-

rücksichtigt weder Urlaub, noch Krankheit oder Weiterbildung. So ist die Arbeit nicht zu schaffen. Darauf machen die Erzieherinnen seit Jahren aufmerksam, werden aber nicht gehört. Anträge der LINKEN zur Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12 oder zur Erhöhung der Kita-Pauschale werden einfach vom Tisch gewischt. Angeblich ist dafür kein Geld da. Die 2,75 Milliarden für die Pleite der Landesbank würden 78 Jahre die jährlichen Kosten von 35 Millionen decken. Nun ist es auch den Eltern zuviel und sie haben eine Petition an den Landtag verfasst. Besonders empört sind sie vom Vorschlag Ministerpräsident Tillich, Arbeitslose oder Rentnerinnen als Lückenbüller einzusetzen.

Sachsen rühmt sich immer seiner guten Ergebnisse bei den PISA-Tests. Seit der Wende wurde die Hälfte aller Schulen geschlossen, nun droht weitere Schließung. Um dies zu verhindern, müssten Strukturen geändert werden: Senkung des Klassenteilers, einzügige Oberschulen und jahrgangsübergreifender Unterricht im ländlichen Raum könnten Abhilfe schaffen. Der Kampf der »Schulrebell« aus Seiffhennersdorf hat dieses Problem sachsenweit bekannt gemacht. Aber vor allem werden mehr und jüngere Lehrerinnen

und Lehrer gebraucht, um den Unterrichtsausfall zu stoppen. Doch gerade hat das Ministerium versucht, die Klassen für das neue Schuljahr auf die maximale Größe von 28 aufzustocken. Das ist jedoch am Widerstand der Schulen gescheitert. Auch hier sollen Lücken durch »Seiteneinsteiger« geschlossen werden. Jährlich steigen in den Haushalten die Kosten für Hilfen zur Erziehung. Immer häufiger kommen Eltern mit ihren Kindern nicht klar, landen diese auf der schiefen Bahn. Doch statt die präventive Jugendarbeit zu stärken, um den Kindern und Jugendlichen sinnvolle Freizeitgestaltung anzubieten, wird in diesem Bereich gestrichen. Das bedeutet bei den Trägern der freien Jugendhilfe eine Kürzung der Angebote und die Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Der fraktionsübergreifende Antrag im Kreistag Görlitz, den Etat für 2014 um 250 000 Euro aufzustocken, wird vom Landrat seit Monaten verschleppt. Erst eine Klage bei der Rechtsaufsicht bewegte ihn zu einer Stellungnahme. Diese Arroganz der Macht wird unerträglich.

Auch in der medizinischen Betreuung zeichnet sich ein Problem ab. Nicht nur die Patientinnen und Patienten werden älter, auch die Ärztinnen und Ärzte.

Damit werden Praxen geschlossen, und es finden sich keine Nachfolger. So entstehen Lücken in der medizinischen Versorgung, die aber von der Kassenärztlichen Vereinigung noch nicht gesehen werden. Wenn es so weit ist, kommt das böse Erwachen.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde die Erweiterung des Braunkohletagebaus Nochten II durch die Staatsregierung genehmigt. Das bedeutet für 1700 Menschen Umsiedlung und Verlust der Heimat. Wertvolle Natur und sorbisches Siedlungsgebiet werden unwiederbringlich für eine rückwärtsgerandete Energiepolitik geopfert. Weißwasser kämpft jetzt schon tageweise gegen Sandstürme aus dem aktiven Tagebau. – Wird das bis nach 2060 so weitergehen? Die Trinkwasserversorgung der Region muss neu organisiert werden – die finanziellen Lasten tragen teilweise die Bürgerinnen und Bürger. Es wird endlich Zeit, dass auch in Sachsen die Energiewende kommt.

Meckern ist ein guter Anfang, reicht jedoch nicht. Nur wenn die CDU am 31. August in die Opposition geschickt wird, besteht die Chance, eine andere Politik zu machen. Dazu ist aber eine starke LINKE im Sächsischen Landtag nötig. Darum brauchen wir Ihre Stimme.

Bald beginnt das neue Schuljahr

Ein Gespräch mit Petra Ebert, Lehrerin an der Andert-Oberschule in Ebersbach-Neugersdorf und Kreisrätin in Görlitz

Mit welchen Gedanken blickst du aufs neue Schuljahr?

Eigentlich freue ich mich immer auf ein neues Schuljahr. Seit einigen Jahren aber ist mir immer etwas mulmig, wenn ich daran denke, dass die Personalschlüssel an unseren Schulen hier in Ostsachsen sehr »auf Kante« genäht ist. Es dürfen kein Kollege und keine Kollegin ausfallen – es ist keine Reserve da. Gern würden wir auch andere Ganztagsangebote aufnehmen, aber Lehrerinnen und Lehrer schaffen das zusätzlich kaum, und nur auf ehrenamtliche Angebote von Eltern oder Betrieben können wir auch nicht hoffen.

Nun ist doch viel gemacht worden für die Schulen: das Schulschließungsmoratorium der FDP im Koalitionsvertrag 2009, die Initiative von Bildungsministerin Kurth und dem Landwirtschaftsminister Kupfer zum Erhalt von Schulen im ländlichen Raum oder jetzt gerade die Möglichkeit von jahrgangsübergreifendem Unterricht in Grundschulen auf dem Land.

Ja, auf dem Papier sieht das alles schön aus – lässt sich in Sonntagsreden auch gut verkaufen, aber eigentlich zeugen viele dieser Aktivitäten doch nur von der Hilflosigkeit der Staatsregierung, die vielen Probleme im Bildungswesen in den Griff zu bekommen. Bei dem Schulschließungsmoratorium gab es so viele Ausnahmeregelungen, ich nenne nur Seiffhennersdorf, die trotzdem Schulschließungen ermöglichten. Und was bedeutet eigentlich ländlicher Raum? Viele kleine Gemeinden wurden doch eingemeindet und zählen dann nach der Definition des Kultusministeriums nicht mehr als ländlicher Raum. Die Idee eines Mehrstufenunterrichts ist in ländlichen Gebieten nicht neu – aber Pädagoginnen und Pädagogen müssen dazu auch befähigt werden, also braucht es Zeit für Weiterbildung. Das sächsische Kultusministerium selbst war noch vor einigen Jahren absolut stur, als die GEW solche Konzeptionen vorschlug, um Schulschließungen zu vermeiden.

Was brauchen Sachsens Schulen wirklich?

Vor allem brauchen wir Lehrerinnen und Lehrer! Hier ist viel Zeit ungenutzt verstrichen. Die Staatsregierung hat sich nicht auf die Probleme vorbereitet, die

durch das Ausscheiden einer Lehrergeneration entstehen. Sachsen hat nicht genug Pädagogen ausgebildet, und die, die hier bei uns studiert haben, hat man in andere Bundesländer ziehen lassen – das rächt sich jetzt bitter. Hier muss unbedingt gehandelt werden – auch mit Geld für neue Lehrerinnen und Lehrer. Die Zusammenlegung von Klassen, der Einsatz von Kollegen an mehreren Schulen, die Bildung von Reserven aus pensionierten Kollegen oder auch die Planung von Ausfallstunden schon vor Beginn des Schuljahres – das alles sind Zeichen der Hilflosigkeit.

Was sollte also in einer Novelle des Schulgesetzes stehen?

Ich wünsche mir, dass die strengen Kriterien zum Schulerhalt wie zur Klassenbildung aufgehoben werden. Es muss einzügige Mittelschulen geben, Klassen sollten nicht mehr als 24 Schüler haben, auch weniger als 15. So muss schon mit sieben Schülern die Bildung einer Grundschulklasse möglich sein. Schulverbände zwischen benachbarten Orten müssen möglich sein. Moderne Formen wie Gemeinschaftsschulen müssten nicht nur als Modellprojekte für einige Jahre, sondern im Gesetz festgeschrieben werden. Überhaupt

sollte die Trennung der Kinder schon nach der vierten Klasse überdacht werden. Längeres gemeinsames Lernen ist der richtige Weg. Ein weiteres Problem ist die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention. Integration und erst recht Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Es muss klar sein, dass dazu erhebliche zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Ansonsten bleibt es ein bloßes Lippenbekenntnis.

Wird Sachsen Pisa-Primus bleiben?

Ich bin überzeugt, dass viele der

guten Ergebnisse der letzten Jahre auf die gute Arbeit der älteren Kolleginnen und Kollegen, die den engen Kontakt mit den Eltern pflegen und sehr individuell auf die Schülerinnen und Schüler eingehen, zurückzuführen sind. Ich hoffe, dass die guten Erfahrungen weitergegeben werden können. Dafür wünsche ich mir sehr unterschiedlich zusammengesetzte Lehrerkollegien – also jung und alt zusammen. Vor allem aber brauchen die Lehrerinnen und Lehrer Zeit für ihre Arbeit mit den Schülern, wir brauchen Kontinuität, Verlässlichkeit und Ruhe an den Schulen in Sachsen.



Frauenarbeit im ländlichen Raum



Es brennt und keiner kommt löschen

Haben Sie sich schon mal gefragt, was eigentlich passiert, wenn es am Mittwochmittag in einem kleinen Dorf brennt und alle Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr viele Kilometer weit weg auf ihrer Arbeit sind. Nein? Sollten Sie aber, denn die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren ist auf einem historischen Tiefstand, und dies ist so trotz viel Engagement der Kameradinnen und Kameraden. Es fehlt an Arbeitsplätzen im Ort, es fehlt an Wertschätzung für die Aufgabe, unser Leben und unser Haus zu schützen. Es fehlt aber auch am Willen, dies zu ändern. Längst hätten hauptamtlich besetzte Standortfeuerwehren eingerichtet werden können, um wenigstens die Grundversorgung zu garantieren, längst hätte eine Feuerwehrrente wenigstens für Anerkennung im Alter sorgen können, längst hätten kommunale Verwaltungen, Betriebshöfe und Gesellschaften in öffentlicher Hand dafür sorgen können, dass Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr auch nah am Wohnort eine berufliche Perspektive haben. Nicht nur in unserer ländlich geprägten Region brauchen wir ein Umdenken in der Politik, sondern auch bei uns selbst. Wie selbstverständlich gehen wir davon aus, dass uns, wenn wir die 112 wählen, geholfen wird, und meistens wird dies auch geschehen, bis es einmal schiefgeht. Dann werden wir sagen: »Hätten wir mal!«, »So teuer wäre es doch nicht gewesen« oder »Hat dies niemand vorher gewusst?« – Lassen wir es nicht so weiter kommen und beenden den Irrweg des Sparens an der falschen Stelle! Ein Leben ist nicht mit Geld aufzuwiegen und im Nachgang erst recht nicht mehr zurückzuholen.

Schaut man sich Freizeit-, Weiterbildungs- oder einfach nur Unterhaltungsangebote speziell für Frauen in den Großstädten an, so findet man eine reichhaltige Palette, die von Vereinen, staatlichen Einrichtungen, Hochschulen oder auch Parteien angeboten wird. Auch von den Gleichstellungsbeauftragten in Dresden, Leipzig und Chemnitz gehen vielfältige Initiativen und Aktionen aus. In den Landkreisen sieht es da schon anders aus. Durch die Kreisreform 2008 sind sehr große Strukturen geschaffen worden, aber Personal wurde gerade in den Bereichen der freiwilligen Aufgaben eingespart. So betreut die Gleichstellungsbeauftragte eines Landkreises heute ca. drei- bis viermal so viele Bürgerinnen und Bürger, denn es gibt nur noch eine je Landkreis. Auch wurden die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel Jahr für Jahr gekürzt, sowohl von den Kreisen wie auch vom Freistaat. Bewundernswert ist deshalb das Engagement vieler Vereine und Initiativen auch hier im Kreis Görlitz. Die Landfrauen in Hirschfelde, der Verein »Frauen helfen Frauen« in Zittau, der Frauenring Oberlausitz in Kittlitz, Oppach und Ebersbach, die »Frauen auf dem Weg nach Europa« in Görlitz oder auch der Demokratische Frauenbund in Görlitz und Zittau seien als Beispiele genannt. Sie organisieren regelmäßige Veranstaltungen, auch grenzüberschreitend, bieten Weiterbildungsangebote an, betreuen Kinder in Asylbewerberheimen oder sind einfach nur da zum Reden, zur Beratung oder in Treffpunkten. Im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird in diesen Vereinen eine generationenübergreifende Arbeit geleistet, die außerordentlich wichtig ist. Auch aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung sind zudem die meisten älteren Menschen nach dem Renteneintritt noch viele Jahre bei guter Gesundheit und wollen ehrenamtlich aktiv sein. Wenn sie auch keine Vergütung ihres Einsatzes erwarten, so brauchen sie zumindest aber eine Entschädigung für Aufwendungen wie Fahrtkosten. Aus diesem Grunde verlangte DIE LINKE seit Jahren im Rahmen der Haushaltsdebatten zum Staatshaushalt die Aufstockung der Mittel für das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Förderung »Wir für Sachsen« auf eine bedarfsgerechte Höhe, damit in Sachsen ganzjährig tatsächlich alle Potentiale für ehrenamtliche Arbeit, insbesondere auch in der Frauenarbeit, erschlossen werden können.



Heiderose Gläß beim Aktionstag »Weil Kinder Zeit brauchen« in der Kita Uhmansdorf

greifende Arbeit geleistet, die außerordentlich wichtig ist. Auch aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung sind zudem die meisten älteren Menschen nach dem Renteneintritt noch viele Jahre bei guter Gesundheit und wollen ehrenamtlich aktiv sein. Wenn sie auch keine Vergütung ihres Einsatzes erwarten, so brauchen sie zumindest aber eine Entschädigung für Aufwendungen wie Fahrtkosten. Aus diesem Grunde verlangte DIE LINKE seit Jahren im Rahmen der Haushaltsdebatten zum Staatshaushalt die Aufstockung der Mittel für das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Förderung »Wir für Sachsen« auf eine bedarfsgerechte Höhe, damit in Sachsen ganzjährig tatsächlich alle Potentiale für ehrenamtliche Arbeit, insbesondere auch in der Frauenarbeit, erschlossen werden können.



Heiderose Gläß

Liebe Wählerinnen und Wähler in Löbau und Umgebung,

ich kandidiere als Direktkandidatin zur Landtagswahl im Wahlkreis 59 (Görlitz 3) für DIE LINKE. Ich weiß, dass sich gerade in unserer Region viele soziale Probleme bündeln, begonnen bei fehlenden Arbeitsplätzen und niedrigen Löhnen,

über eine sich verschlechternde Infrastruktur, besonders im ländlichen Raum, bis hin zu Problemen in der medizinischen Versorgung und Pflege. Hier muss gegengesteuert werden! Ich möchte mich dafür einsetzen, dass das Leben für Jung und Alt, für Frau und Mann in unserer Oberlausitz lebenswert bleibt. Deshalb bitte ich Sie um beide Stimmen für DIE LINKE. Ihre Heiderose Gläß

Ich bin 63 Jahre alt, verheiratet, habe zwei erwachsene Kinder und zwei Enkelinnen. Von Beruf bin ich Lehrerin für untere Klassen und umgeschulte Wirtschaftsinformatikerin. Ich habe, unterbrochen durch einen mehrjährigen Auslandsaufenthalt, an Schulen in Thüringen, im Erzgebirge und in Kreis Löbau unterrichtet, unter anderem auch Fremdsprachen. Nach der Wende habe ich in verschiedenen Projekten mit Langzeitarbeitslosen, Jugendlichen und Spätaussiedlern gearbeitet. Ich war Mitarbeiterin des Landesvorstandes der LINKEN für die Region Oberlausitz. Seit Herbst 2009 bin ich Mitglied im Sächsischen Landtag und gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Neben meinen fachpolitischen Aktivitäten im Freistaat war mir der Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger in der Oberlausitz, besonders im Kreis Görlitz, ein Herzensbedürfnis. Das möchte ich auch als Mitglied im Kreistag Görlitz fortsetzen. Ich bin Mitglied des Landesfrauenrates Sachsen und arbeite in verschiedenen gewerkschaftlichen Gremien von ver.di.

Weil es besser werden muss ...



... kandidiere ich für den Sächsischen Landtag. Arbeitslosigkeit, Abwanderung, fehlende Polizei, Lehrermangel, ein zu niedriger Betreuungsschlüssel in Kitas, Niedriglöhne – das ärgert mich. Ich habe die Vision, dass unse-

re schöne Region Menschen Sicherheit und Arbeit bietet. Dass ausreichend Landes- und Bundespolizei vor Ort präsent ist. Dass niemand aufgrund seiner Herkunft oder seines Aussehens Angst haben muss. Dass

die Menschen solidarisch zusammenleben. Dafür werde ich mich im Landtag einsetzen – für Sie, für unsere Oberlausitz.



Jens Thöricht

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. Erfahrungen in politischen Gremien sammelte ich bereits im Kreistag und im Zittauer Stadtrat. Am 13. Februar 1978 bin ich in Zittau geboren. Nachdem ich

die Abiturprüfung bestanden hatte, absolvierte ich den Zivildienst in einem Seniorenpflegeheim. 1997 ging ich nach Baden-Württemberg und wurde zum Bankkaufmann ausgebildet. Ich arbeitete als Kundenberater für das Wertpapiergeschäft und war stellvertretender Filialleiter in einer Nürnberger Bank. 2004 kehrte ich nach Sachsen zurück, gründete hier eine Familie. Seit 2009 arbeite ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Landtagsabgeordnete Heiderose Gläß. Als freier Journalist schreibe ich unter anderem für die Antifaschistischen Nachrichten und andere themenbezogene Zeitungen. Ehrenamtlich engagiere ich mich unter anderem als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Dresden und am Arbeitsgericht Bautzen sowie im Infoladen Zittau.



Kathrin Kagelmann beim Ostermarsch gegen den neuen Braunkohletagebau Nochten II

nen Technologiebranchen. Aber ein solcher Umbau braucht Zeit. Ein »Lausitzplan B« – ein vom Land getragenes Forschungsprogramm für die Region – muss neue Entwicklungspfade aufzeigen, Förderinstrumente ableiten und finanzieren. Dafür lohnt es sich zu streiten! Denn dort, wo neue Arbeit entsteht, wächst Zuversicht, die junge Menschen ermutigt, hierher zu kommen oder hier zu bleiben. Wir haben jetzt die Chance, aus dem »Weniger« mehr Zukunft zu machen: zum Beispiel mehr Bildung durch mehr Pädagogen in ortsnahen Kitas und an kleineren Schulen mit modernen inklusiven Bildungskonzepten oder mehr medizinische Versorgung durch starke kommunale Krankenhäuser und Versorgungszentren. Veränderung beginnt vor Ort.

ich die Oberlausitz nur zum verwaltungswirtschaftlichen Studium verlassen. Ich arbeitete beim Rat des Kreises Niesky, bis mich die Umbruchjahre zu einer Neuorientierung zwangen: Gemeinsam mit Betroffenen gründeten wir 1991 die Nieskyer Arbeitsloseninitiative und eröffneten im gleichen Jahr eine Beratungsstelle. 1994 kandidierte ich das erste Mal für den Kreistag – damals noch im Niederschlesischen Oberlausitzkreis. Im gleichen Jahr nahm ich die Tätigkeit als Regionalmitarbeiterin des PDS-Landesverbandes Sachsen für die Region Oberlausitz auf. Zwischen 1998 und 2002 leitete ich das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Dr. Ilja Seifert in Görlitz. Nach einem kurzen Ausflug in die Selbständigkeit gehöre ich seit Herbst 2004 der Linksfraktion im Sächsischen Landtag an. Dort bearbeite ich schwerpunktmäßig die Themen Agrarpolitik und Tierschutz. Vor Ort ist es die Vielfalt an Problemen, die meine Arbeit spannend macht: Arbeitslose treibt die Wut über entwürdigende Antragsprozeduren und schikanöse Nachweispflichten um. Andere suchen Partner im Kampf gegen Megatierställe, Lärmbelastung durch Bahnausbau oder beim Erhalt von Jugendtreffs. Einige dieser Probleme werden mich weiter beschäftigen, und zwar auch im Kreistag Görlitz, dem ich weiter angehöre. Meine Devise bleibt: Besser einmischen, statt auslöffeln!



Kathrin Kagelmann

Ich habe lange nicht gewusst, was mich an diesem Flecken Erde festhält. Und dennoch bin ich nie lange von hier weg gewesen. Geboren 1965 in Bautzen, aufgewachsen in Niesky, habe

»Plan B« für die Lausitz

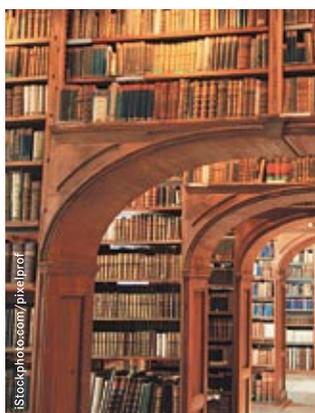
Schon wieder ein Rekord: Das Pfingstfest 2014 war das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Wetterextreme wie dieses prägen das vergangene Jahrzehnt. Bei extremen Regenfällen und extremen Hitzewellen ist der Zusammenhang mit der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung deutlich. Die Erkenntnis ist nicht neu: Wir müssen unsere Produktions- und Lebensweise verändern, wenn wir den Klimawandel

abbremsen, den Artenverlust aufhalten und Naturreichtümer erhalten wollen. Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz sind die Schlüssel zur Veränderung. Der Lausitz kommt eine besondere Verantwortung dabei zu: Spätestens ab 2040 muss unsere Kohle im Boden bleiben, denn ihre Verbrennung ist Hauptverursacher des Problems.

Weiter Dörfer abzubauen, Menschen umzusiedeln, Land-

schaft umzugraben ist unsinnig und teuer. Gerade für eine strukturschwache Region wie die Oberlausitz mit Arbeitslosigkeit, Niedriglöhnen und Abwanderung ergeben sich aus einem Umbau der Wirtschaft neue Chancen für mehr Beschäftigung. Wir dürfen unsere Region nicht abschreiben lassen, schließlich soll auch die Generation unserer Enkel hier gute Arbeit finden können – beispielsweise in modernen, grü-

Kultur ist kein Luxus, Kultur ist Grundversorgung und Standortfaktor



Die Oberlausitz ist eine mit Kultur und kultureller Tradition reichlich ausgestattete Region, und dies soll auch so bleiben. Kultur – also Theater, Tierparks, Jugendzentren, Galerien, Museen, Ausstellungen und Konzerte – darf kein Luxus sein, den man sich nur leisten kann, wenn man das Geld scheinbar übrig hat. Sie ist Teil unserer Bildung, unserer Identifikation, Kultur entwickelt unsere Kreativität und lässt uns über Geschmack, Sinn und Unsinn streiten. Ein breites kulturelles

Angebot ist aber auch Grund, in die Region zu kommen, sei es als Investor oder als Fachkraft, als junger Mensch zum Studieren oder als Seniorin, um hier den Lebensabend zu verbringen. Alle werden schauen, was wird mir geboten, und ohne ein breites Angebot wird die Entscheidung vielleicht nicht für die Oberlausitz ausfallen.

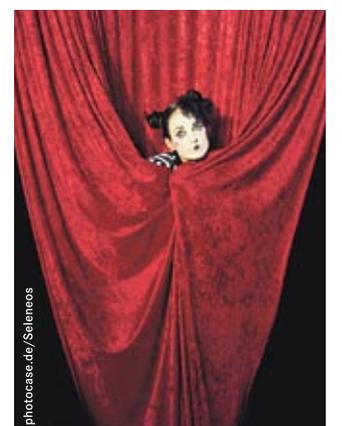
Das Sächsische Kulturraumgesetz und die Kulturförderung des Kreises und der Städte müssen diesem Fakt in Zukunft Rechnung tragen. Sie sollen, was schon ein Fortschritt wäre, nicht nur die jährlichen Kostensteigerungen, bedingt durch Inflation und Preisentwicklung in anderen Bereichen, abfangen. Nein, die Kulturförderung muss auch die Investition in Kultur, ihre Weiterentwicklung möglich machen. Darum bedarf es einer Neufassung des Kulturraumgesetzes, einer neuen Denkweise. Wer behauptet, Kultur kann man sich nur leisten wenn Geld übrig ist, der irrt. Eine breite kulturelle Landschaft in allen Facetten ist eine Bedingung für die Entwicklung der Region.



Mirko Schultze

Ich bin Görlitzer mit Leib und Seele: 1974 in Görlitz geboren, hier zur Schule gegangen und die Ausbildung als Baufacharbeiter erfolgreich abgeschlossen. Als Initiator verschiedener Jugendprojekte machte ich bereits in jungen Jahren meine ersten politischen Erfahrungen. Bis 2003 arbeitete ich mit Unterbrechungen durch Arbeitslosigkeit als Baufacharbeiter – ich kenne die Probleme, die viele Menschen in meiner Stadt betreffen, also ganz genau. Die politische Arbeit wurde währenddessen immer

wichtiger: 2005 bis 2013 habe ich das Wahlkreisbüro des Görlitzer Bundestagsabgeordneten Dr. Ilja Seifert geleitet, gleichzeitig engagierte ich mich in der Kommunalpolitik. Seit 2004 bin ich Stadtrat in Görlitz und seit 2008 Kreisrat. Ich bin Mitglied in den Fördervereinen für das Straßentheaterfestival ViaThea und das Görlitzer Helenenbad. Für die Gewerkschaft ver.di engagiere ich mich im Ortsverband und vertrete meine Gewerkschaft im DGB-Kreisverband.



Wir wollen Innovatives fördern

Soziale Gerechtigkeit und eine funktionierende Wirtschaft sind für uns zwei Seiten derselben Medaille, denn es ist klar: Alles, was wir ausgeben wollen, müssen wir zunächst erarbeiten. Sachsen hat gerade in diesem Bereich einen großen Nachholbedarf. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich sächsische Wirtschaft vor allen Dingen als »verlängerte Werkbank«. Was fehlt, ist eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.

Wir wollen das ändern, indem wir verstärkt auf die Innovationsfähigkeit der hier ansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen setzen. Der Freistaat kann sich hier beim Ausbau von Technologiezentren und Verbundprojekten sowie bei der Stärkung der Vernetzung der Unternehmen untereinander engagieren. Daneben soll sich das Land auch an der Kapitalisierung von innovativen Unternehmensgründungen beteiligen können. Eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen und ein Landesprogramm zur Fachkräftesicherung werden wir aufbauen.

Von Arbeit muss man leben können. Deshalb wenden wir uns gegen die vorherrschende Niedriglohnstrategie und setzen uns dafür ein, das Vergabegesetz zu überarbeiten. Öffentliche Aufträge werden dann nur noch an Unternehmen vergeben, die Sozial- und Umweltstandards einhalten.

Weitere Informationen

Haben wir Sie neugierig gemacht? Wollen Sie weitere Informationen über unsere Arbeit und unsere Positionen zur Landtagswahl? Natürlich ist in einer solchen Zeitung nie genug Platz dafür, all unsere Positionen darzustellen. Im Internet finden Sie deshalb weitere Informationen und wichtige Termine im Landtagswahlkampf.

Besuchen Sie uns auf unserer Website unter www.dielinke-sachsen.de/landtagswahl

Haben Sie kein Internet? Kein Problem. Wenn Sie weitere Informationen wünschen, kontaktieren Sie uns einfach postalisch. Schreiben Sie an:

DIE LINKE, Sachsen
Kleiststraße 10 a
01129 Dresden



Sachsen gehört in entscheidenden Bereichen zu den Bundesländern mit den niedrigsten sozialen Standards. Wir nehmen nicht hin, dass der Anteil von Armut betroffener Menschen in Sachsen zugenommen hat und weiter wächst. Im Freistaat liegt die Armutsquote bei einem Fünftel der Gesamtbevölkerung und damit beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt. Mehr als ein Viertel der sächsischen Kinder ist von Armut betroffen, was deren Lebensperspektive von vornherein belastet und die

Gefahr der Reproduktion von Armut und sozialer Ausgrenzung verstärkt. Der Freistaat wälzt die Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge auf die Kommunen ab und verschärft so deren finanzielle Notlage. Immer mehr Landesaufgaben werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen, ohne dass diese vom Freistaat dafür ausreichende Ausgleichszahlungen erhalten. Deshalb sind die Kommunen immer weniger in der Lage, selbstbestimmt sozialpolitisch

zu agieren. Soziale Daseinsvorsorge, eigentlich eine Verantwortung der öffentlichen Hand, wird dabei gerade in Sachsen immer mehr privatisiert und damit den Spielregeln des Marktes unterworfen. Wir wollen deshalb den Anteil an Sozialausgaben im Landeshaushalt erhöhen. Insbesondere die Betreuung älterer Menschen muss angesichts einer alter werdenden Gesellschaft sichergestellt werden. Wir wollen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge stoppen und sind

davon überzeugt, dass Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen, genauso wie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, in staatlicher Hand bleiben müssen. Statt den Schaden zu beräumen, wenn er eingetreten ist, wollen wir präventive Maßnahmen unterstützen. Deshalb wollen wir eine angemessene öffentliche finanzielle Förderung von Vereinen, Verbänden und Selbsthilfegruppen zur Umsetzung des Prinzips Hilfe zur Selbsthilfe erreichen.

Jene fördern, die uns täglich helfen

Stellen Sie sich vor, es brennt, und keiner kommt löschen. Sie brauchen ärztliche Hilfe, aber die bekommen Sie erst nach einer gefühlten Ewigkeit. Sie rufen die Polizei, und es kommt keine. Unvorstellbar? Die sächsischen

freiwilligen Feuerwehren kämpfen mit Nachwuchsproblemen. Die Berufsfeuerwehren – wie aktuell in Leipzig – haben mit Personalnotständen zu kämpfen. Durch den Rückzug des Freistaates aus der Fläche ver-

längern sich Rettungszeiten. Immer häufiger braucht medizinische Hilfe länger als gesetzlich vorgeschrieben. Derzeit gehen mehr Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand, als eingestellt werden. Es steht die Frage im Raum, ob die Polizei heute noch alle ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Diese Situation kann im Zweifelsfall Menschenleben kosten. Genau deshalb muss sich die Situation grundlegend ändern. Wir setzen uns für eine angemessene Präsenz der Polizei in der Fläche in allen Regionen in Sachsen ein. Deshalb brauchen wir jährlich mindestens 500 neue Polizeibeamte, um die Altersstruktur in der Polizei positiv zu verändern. Um künftig ein Mindestmaß an öffentlicher Sicherheit zu gewährleisten, setzen wir

uns ein, dass in jeder Gemeinde mit mindestens 5 000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine rund um die Uhr besetzte Polizeidienststelle vorgehalten wird. Im Rettungswesen wollen wir ein engmaschiges Netz dezentraler Rettungswachen erhalten und ausbauen. Die derzeit begrenzten Spielräume der Kommunen als Träger der Rettungsdienstleistungen wollen wir erweitern und für deren auskömmliche Finanzierung durch das Land sorgen. Für die Feuerwehr streben wir die Bildung hauptamtlich besetzter Unterstützungseinheiten an, welche gemeindeübergreifend die örtlichen Feuerwehren unterstützen. Die ehrenamtliche Arbeit in freiwilligen Feuerwehren wollen wir würdigen und setzen uns u. a. für eine Feuerwehrrente in Höhe von 100 Euro ein.



Mobil sein in Stadt und Land

Mit Bus und Bahn zum Arzt, zum Einkaufen, in die Schule, ins Kino oder einfach nur zu Freunden: Was in den Großstädten in Sachsen möglich ist, wird im ländlichen Raum immer mehr zum Problem. In vielen

Orten im Freistaat hält der Bus nämlich nur noch zwei- oder dreimal am Tag. In den Ferien – also ohne Schulverkehr – wird es noch weniger. Viele Menschen sind aber auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Sie haben kein Auto, dürfen noch nicht oder können nicht mehr mit dem eigenen Kraftfahrzeug unterwegs sein. Dann wird jedoch auch der kleine Abstecker in den nächsten Ort zur schwer zu bewältigenden Tagesaufgabe. Der Weg zur Arbeit lässt sich damit kaum realisieren. Die Attraktivität des Freistaates als Lebensraum nimmt dadurch natürlich ab.

Das wollen wir ändern. Wir sind der Überzeugung: Ein kostengünstiges und barrierefreies Angebot an Bus und Bahn gehört zu einem attraktiven Lebensumfeld dazu. Unser Ziel ist es, in ganz Sachsen gute Anbindungen, schnelle Verbindungen und ein aufeinander abgestimmtes Umsteigesystem zu verwirklichen. Die Beförderung von Schülerinnen und Schülern muss dabei in jedem Falle kostenfrei werden, denn der Weg zur Schule gehört für uns zum Schulbesuch dazu. Die Angebote und Möglichkeiten von Bus und Bahn, Rad- und Fußverkehr und Car Sharing wollen wir at-



traktiv und flächendeckend weiterentwickeln. So wollen wir den Menschen im Freistaat eine Perspektive eröffnen, auf das bisher unverzichtbare eigene Auto auch mal verzichten zu können.



Wir wollen die Regierung stürzen ...

Es sind viele Dinge, die in Sachsen schief laufen: geschlossene Jugendclubs, ein rückständiges Schul- und Benotungssystem, fehlende Mitbestimmung, viel zu viele Nazis, patriarchale Strukturen, Überwachung, kaum Fortschritte in der Inklusion, Leistungsdruck und vieles mehr. Doch wir können mehr als nur fassungslos die Köpfe schütteln: Wir laden dazu ein, gemeinsam mit uns – ob auf der Straße oder vor dem Laptop, ob als Gruppe oder einzeln, ob als Mitglied oder Sympathisant/-in, ob geschlossen oder in freier Assoziation – grundsätzliche Kritik mit dem zu verbinden, was im Kleinen den Freiraum für das Große erweitert. Denn wir wollen raus aus der Lethargie, raus aus der Mitte und hinein ins schöne Leben!

Wir haben uns als Jugendverband zusammengeschlossen, um die Verhältnisse in Sachsen zum Tanzen zu bringen. Das wollen wir nicht nur auf der Straße, im Wohnzimmer oder im Verein, sondern auch im Parlament. Deswegen haben wir ein eigenes Landesjugendwahlprogramm geschrieben, in dem unsere Forderungen für die Landtagswahl ausgeführt wer-



... und noch viel mehr!

Auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen kandidieren (v. l. n. r.) Anja Klotzbücher, Anna Gorskih, Werner Kujat, Marco Böhme, Tom Rumberger und Marie Wendland.

den. Aber nicht nur ein eigenes Programm können wir bieten: Sechs junge Kandidat/-innen stehen auf der Liste der sächsischen LINKEN für den Landtag,

um unsere Forderungen auch ins Parlament zu tragen. Es geht um faire Bezahlung, wenn man schon arbeiten muss. Darum, dass du dir ein

Ticket für den ÖPNV leisten – oder in Zukunft sogar darauf verzichten – kannst, damit du möglichst schnell von Arbeit, Schule, Verein oder Familien-

treffen zum nächsten Planschbecken kommst. Darum, dass alle die Zeit am See genießen können und von Sexismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Einstellungen verschont bleiben. Darum, dass du über deine Erlebnisse kommunizieren kannst, ohne überwacht oder ausgespäht zu werden. Was du am See zu dir nimmst, soll deine eigenverantwortliche und reflektierte Entscheidung sein, und du sollst keine Angst vor möglichen Repressionen haben. Wir möchten, dass es in Sachsen keine Angst, keine Diskriminierung, keine Verzweiflung und keine Nazis mehr gibt. Wir wollen, dass es mehr Mitbestimmung, mehr Beteiligung und mehr soziale Gleichheit gibt. Wir wollen Sachsen ökologischer, freier und moderner machen. Dafür haben wir in unserem Landesjugendwahlprogramm ganz konkrete Vorschläge. Diese Vorschläge sind zu diskutieren und sicher auch zu verbessern, aber wir wollen sie auch umsetzen – und zwar mit dir! Alle Infos, unsere Forderungen und Kandidierenden findest du auf unserer Website.

www.linksjugend-sachsen.de

Besser lernen

Sachsen ist stolz auf sein Bildungssystem. In den PISA-Umfragen belegt der Freistaat immer wieder obere Plätze im Vergleich der Bundesländer. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeichnet ein anderes Bild: Immer mehr Schülerinnen und Schüler erlangen nicht einmal den Hauptschulabschluss. Der Anteil lag 2013 bei rund 10,4 Prozent. Also mehr als jede zehnte Schülerin, mehr als jeder zehnte Schüler dieses Jahrgangs blieben ohne Abschluss. Die Zukunftschancen der Betroffenen sind damit mehr als gefährdet. Sachsens Bildungssystem arbeitet zudem an der Leistungsgrenze: So konnten in diesem Jahr die Schulbescheide an die Eltern erst verspätet versendet werden, weil nicht klar war, ob am 1. September vor jeder Klasse auch eine Lehrkraft stehen würde. Im Hau-Ruck-Verfahren versuchte die Staatsregierung, die Lücken zu schließen,

und lobt sich nun dafür, mehr Lehrkräfte als geplant anzustellen. Die Wahrheit ist allerdings: Nicht alle Lehrerinnen und Lehrer, die in Rente gehen, werden überhaupt ersetzt. Und das bei steigenden Schülerzahlen. Das muss sich ändern. Sachsen kann es sich nicht leisten, einen großen Teil seiner Jugend einfach abzuhängen. Wir wollen deshalb längeres gemeinsames Lernen in kleineren Klassen und eine Förderung von Leistungsschwächeren in den Schulen. Wir wollen mehr Lehrkräfte einstellen, um das Schulsystem insgesamt zu entlasten und Leistungsdruck bei Lehrerinnen und Lehrern wie auch bei den Lernenden zu reduzieren. Wir wollen auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges stärken, jungen Menschen ohne Schulabschluss die nachträgliche Qualifikation ermöglichen und auch späte Berufsausbildung nach dem 25. Lebensjahr vereinfachen.



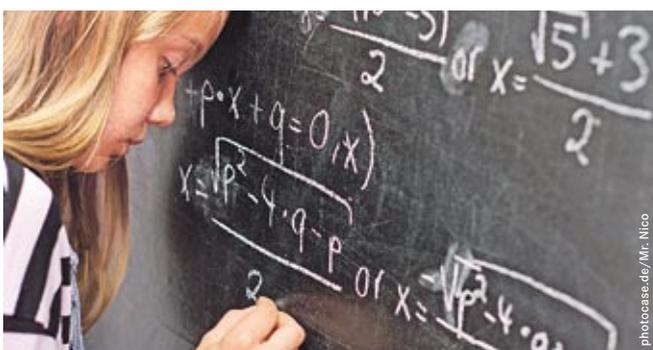
Sachsens Hochschulen fit machen für die Zukunft

Ab 2015 will der Bund die Kosten für das BAföG komplett übernehmen. Dadurch entsteht den Ländern ein finanzieller Spielraum, allein in Sachsen beträgt dieser 85 Millionen Euro. Sinnvollerweise könnte man dieses Geld nun in die Hochschulfinanzierung stecken.

Sachsens Hochschulen haben von jeher eine unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung. So wurden seit 1995 die Betriebskostenzuschüsse für die Hochschulen nicht erhöht. Mehrkosten tragen sie mittlerweile aus ihrem Globalhaushalt. Aktuell stehen 1042 Personalstellen auf der Streichliste. Landesweit regt sich Widerstand dagegen.

Doch statt die Chance zu nutzen, die Mittelausstattung der Hochschulen zu verbessern, legt die Staatsregierung einen »Zukunftsfonds« auf: Zwei Drittel der freiwerdenden Mittel fließen da hinein, der Rest geht den Hochschulen verloren. Und selbst mit diesem Geld können die Hochschulen keine Lücken in ihrem Haushalt stopfen: Finanziert werden dürfen Erstaussstattung, Großgeräte und vieles mehr, was möglichst nichts mit der Grundfinanzierung des wissenschaftlichen Betriebes zu tun hat. Wir wollen deshalb Alternativen zu dieser Hochschulpolitik schaffen: Um die personelle und technische Ausstattung

und die Betreuungsverhältnisse zu verbessern, wollen wir die staatlichen Zuschüsse an die Hochschulen mindestens auf das Niveau des Bundesdurchschnitts erhöhen. Die geplanten Personalkürzungen wollen wir unverzüglich zurücknehmen. Die Studentenwerke wollen wir wieder finanziell bedarfsdeckend ausstatten. Wir werden uns für den Erhalt der Volluniversitäten stark machen und dafür die Fächervielfalt an den Hochschulen zu bewahren. Hochschulen bilden eine wichtige Grundlage der Innovationsfähigkeit Sachsens. Der Freistaat kann es sich nicht leisten, seine Hochschulen finanziell ausbluten zu lassen.



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



Sachsen ist ein schönes Land. Ich komme gern hierher, genieße die Landschaft, die Kultur, die Herzlichkeit der Menschen. Sachsen hat viel erreicht. Das ist die Leistung aller hier Lebenden.

Umso mehr ärgere ich mich jedes Mal über die Selbstherrlichkeit der hiesigen CDU. Seit fast 25 Jahren herrscht

diese Partei in diesem Land. Bundesweit macht sie mit ihrem ganz speziellen Verständnis »sächsischer Demokratie« Negativschlagzeilen. Den Menschen im Freistaat bietet sie eine Strategie der Niedriglöhne und verkauft Einkommen, von denen man nicht leben kann, auch noch als Standortvorteil. Vom Familienbild will ich erst gar nicht anfangen zu schreiben.

Ich will nicht akzeptieren, dass eine Partei ein Land als ihren Besitz ansieht. Das Land gehört den Menschen, die dort leben. Sie sollen es gestalten können, statt einfach regiert zu werden. Ich will eine Perspektive für alle Menschen im Freistaat, für ein besseres Leben in Sachsen.

Und genau das haben Sie jetzt in der Hand. Gegen die Tristesse und das Einerlei der sächsischen Staatsregierung gibt es ein einfaches Mittel.



Natürlich können Sie auch an andere Parteien denken. Aber wenn Sie für Frieden, soziale Gerechtigkeit und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West sind, müssten Sie sich für DIE LINKE entscheiden.

Ich bitte Sie: Gehen Sie am 31. August zur Landtagswahl und machen Sie DIE LINKE stark. Auch im Bundesrat brauchen wir andere Stimmen aus Sachsen. Nach 25 Jahren können Sie in Sachsen etwas Neues versuchen.

Ihr
Gregor Gysi

Spenden

DIE LINKE engagiert sich für den Politikwechsel in Sachsen. Wir wollen in Sachsen einmal mehr das Fenster öffnen und frischen Wind hereinlassen. Bis zum 31. August sind wir überall im Land unterwegs, um von unseren Positionen zu überzeugen.

Doch der Wahlkampf kostet natürlich auch Geld. Wir wollen dabei unabhängig bleiben von großen Unternehmen und Banken. Deshalb würden wir uns über Ihre Spende freuen. Das geht ganz einfach.

Konto: 2 719 901 002
BLZ: 850 900 00
Verwendungszweck: Wahlkampfspende

www.dielinke-sachsen.de/spenden

Jetzt für iOS und Android:

Die nd-App



www.neues-deutschland.de/app



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

austral. Ureinwohner	Eichmaß	Sache (lat.)	Verständnisaufruf	Klostervorsteher	Holzblasinstrument	Fenstervorhang	dummer Mensch (ugs.)							
Bergmannsuniform	9					Partytanz	Gartenblume							
Zensur			Dauerbezug von Zeitungen		2	3								
Wanderpause		12	Suppenschüssel											
Strom i. Afrika		Seeorelle					14							
ind. Bundesstaat			2	8	1	5								
gedankl. Gehalt			5	1	3	4	8							
			7		6	3	2							
	6		3	4	2	5	8							
			8	2	4	7	3							
Wildpflege	LINKE-Spitzenkandidat		8	4	3	9	2							
			7	3	2		4							
engl. Musical-Komponist	Gewinner	türk. Titel	Das Für Staatshausplan	1	Barockbau in Dresden	Zeremonie	Nordosteuropäer							
							7							
					asiat. Meerrettich Folge									
							8							
Redekunst	11					Handlung								
						Zahl								
alt nord. Prosa			Schwimmvogel											
Bruder d. Falmir			ital. Autor			Tag (span.)	jap. Urbevölkerung							
		5	Backmasse											
							13							
Berliner Spitzname			Nischstadt	10										
Gattung														
			Nebenfluss der Maas			jap. Friedensnobelpreisträger								
							TROLL							
Lösungswort	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

Preisrätsel

Zu gewinnen:

■ Rico Gebhardt lädt in seine Heimatstadt Aue ein: eine Übernachtung für zwei Personen mit gemeinsamem Abendessen, gerne auch mit Besuch eines Heimspiels »seines« Vereins Erzgebirge Aue.



■ ein Halbjahresprint-abonnement von »neues deutschland« im Wert von 200 Euro

■ fünf Strandsets DIE LINKE mit Sonnenbrille, Sonnencreme und Badehandtuch

■ fünf Umhängetaschen »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf T-Shirts »25 Jahre CDU sind genug«

■ fünf Sonderedition-Image-Plakate der Partei DIE LINKE

Die Lösung bitte bis zum 1. September 2014 einsenden an: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Impressum: Zeitung zur Landtagswahl 2014 im Landkreis Görlitz, Auflage: 60 000
Redaktionsschluss: 26. Juni 2014
Herausgeberin: DIE LINKE. Sachsen Kleiststraße 10a, 01129 Dresden
Telefon: 03 51 / 85 32 70
www.dielinke-sachsen.de
V.i.S.d.P. Antje Feiks. Die Nutzungsrechte der nicht gekennzeichneten Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz: DiG / TRIALON
Druck: Dresdner Verlagshaus Druck GmbH